

Paragraph	Inhaltliche Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung
Generell	<p>Neue Bezeichnung Gemeindeangehörige Funktionsbezeichnungen ausschließlich in weiblicher Form Gemeindeangehörige ohne deutsche Staatsbürgerschaft (statt Ausländer)</p> <p>Zusammenfassung von Angestellten und Arbeiterinnen zu Beschäftigten</p>
§ 1 Wesen und Rechtsstellung der Gemeinde	Bevölkerung als Ziel der Förderung
§ 3 Neue Pflichten	<p>Striktes Konnexitätsprinzip</p> <p>Einvenehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden ist herzustellen</p>
§ 4 Weisungsaufgaben, Auftragsangelegenheiten	Unterrichtungsverpflichtung gegenüber der Gemeindevertretung durch Bürgermeisterin (Oberbürgermeisterin)
§ 4b Gleichberechtigung von Frau und Mann	<p>In Gemeinden ab 15.000 Einwohnern hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte</p> <p>Mitwirkungsrecht</p> <p>Rederecht im Gemeindevorstand und -vertretung</p> <p>Berichtspflicht gegenüber Gemeindevertretung</p> <p>Widerspruchsrecht gegenüber Bürgermeisterin</p>
§ 4c Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	Stärkung der Kinder- und Jugendbeiräte
§ 4d Klimaschutz- und Energiebeauftragte	Einführung einer Klimaschutz- und Energiebeauftragten
§ 5 Satzungen	Auslegungspflicht vor der Beschlussfassung
§ 7 Öffentliche Bekanntmachungen	Veröffentlichung parallel im Internet

§ 8 Gemeindeangehörige	Gemeindeangehörig, wer in der Gemeindegebiet seinen Wohnsitz hat.
§ 8b Gemeindeantrag	Antragsrecht zur Gemeindevertretung Behandlungspflicht Recht für jede Person
§ 8c Gemeindeversammlung	Gemeindeversammlung zur Unterrichtung und Anhörung aller Personen Recht für jede Person
§ 8d Gemeindebegehren und Gemeindeentscheid	Einschränkungen reduziert Gemeindebegehren muss innerhalb von drei Monaten durchgeführt werden Absenkung der Quoren
§ 8e Gemeindepetition	Schaffung eines kommunalen Petitionsrecht für jede Person
§ 19 Öffentliche Einrichtungen, Anschluss- und Benutzungszwang	Satzungsrecht zur Erreichung regionaler Klimaschutzziele und Vermeidung von Umweltbelastungen. Reaktion auf Streichung § 81 II HBO
§ 21 Ehrenamtliche Tätigkeit	Ablehnungsrecht unter den Voraussetzungen des § 23
§ 24 Verschwiegenheitspflicht	Belange von öffentlichen Interesse unterfallen nicht mehr der Verschwiegenheitspflicht
§ 24a Ordnungswidrigkeiten	Geldbußen bedürfen der 2/3 Zustimmung der Gemeindevertretung
§ 27 Entschädigung	Entschädigung für nicht Erwerbstätige, sowie für selbständige und freiberuflich Tätige Bestimmung der Höchstsätze nur noch im Benehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden möglich

§ 30 Aktives Wahlrecht	Ausweitung auf alle seit mindestens drei Monaten mit Wohnsitz in der Gemeinde gemeldeten Personen Aktives kommunales Wahlrecht ab 16 Jahren
§ 32 Passives Wahlrecht	Senkung auf 3 Monatsregelung für den Wohnsitz
§ 36a Fraktionen	Wiedereinführung der "1 Personen Fraktion" Sicherstellung des Zugangs zu Medien und Publikationen für die Fraktionen. Gewährung von Mitteln zur sächlichen und personellen Aufwendungen
§ 37 Hinderungsgründe	Beschränkung der Hinderungsgründe auf Entgeltgruppen oberhalb 10 TvÖD oder vergleichbare Tarifverträgen des ÖD. Ausweitung auf Bürgermeisterinnen und hauptamtliche Beigeordnete
§ 39 Wahl und Amtszeit der Bürgermeisterin	Senkung des passiven Wahlalters auf 21 Jahre
§ 39a Wahl und Amtszeit der Beigeordneten	Senkung der Amtszeit auf 5 Jahre
§ 43 Ausschließungsgründe (betrifft Bürgermeisterin und Beigeordnete)	Entgeltgruppen oberhalb 10 TvÖD oder vergleichbare Tarifverträge des ÖD. Gilt für Beschäftigte und Beamtinnen des Landes oder Landkreises mit unmittelbaren Aufgaben der Staatsaufsicht oder Aufgaben der Rechnungsprüfung für die Gemeinde
§ 44 Hauptamtliche und ehrenamtliche Verwaltung	Bestellung von Beigeordneten unter Berücksichtigung von Frauen und Menschen mit Behinderungen
§ 50 Aufgaben (Gemeindevertretung)	Schriftliche Beantwortung von Fragen durch den Gemeindevorstand

	Akteneinsichtsrecht für Gemeindevertreter
§ 51 Ausschließliche Zuständigkeiten (neue bzw. erweiterte Zuständigkeiten)	Haushaltswirtschaftliche Sperren Haushaltswirtschaftliche Sperren Nutzungsüberlassungen Töchterunternehmen Entsendung von Vertreterinnen in kommunale Eigenbetriebe und Unternehmen
§ 52 Öffentlichkeit	Ausschluß der Öffentlichkeit nur noch zum Schutz Interessen Einzelner oder Gründen des allgemeine Wohls Aufzeichnung von Wort und Bild zulässig Bekanntmachung von Beschlüssen der nichtöffentlichen Sitzungen unter Aussparung der geheim zu haltender Einzelheiten
§ 54 Abstimmung	Namentliche Abstimmungen sind möglich
§ 57 Vorsitzende	Tagesordnungspunkte auch von Fraktionen oder 25% der Gemeindevertreter aufnehmbar
§ 61 Niederschrift	Veröffentlichung im Internet
§ 62 Fraktionen	Beratende Stimme für Fraktionen, auf denen bei Besetzung des Ausschusses kein Sitz entfallen ist.
§ 70 Aufgaben der Bürgermeisterin	Maßnahmen können angeordnet werden, wenn eine Verschiebung ohne Schaden für die Gemeinde nicht mehr möglich ist. Unterrichtung des Gemeindevorstands in der nächsten Sitzung
§ 81 Einrichtung und Aufhebung (Ortsbeiräte)	Auflösung nur noch unter Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Ortsbeirates
§ 82 Wahl und Aufgaben (Ortsbeiräte)	

	<p>Antrags und Rederecht des Ortsbeirats in der Gemeindevertretung. Frühzeitige und umfassende Anhörungsrechte zu allen wichtigen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk betreffen.</p> <p>Bestimmte Angelegenheiten sollen dem Ortsbeirat übertragen werden.</p>
<p>§ 86 Wahl und Rechtsstellung der Mitglieder (Ausländerbeirat)</p>	<p>Aktives Wahlrecht ab 16 Jahren</p>
<p>§ 88 Aufgaben, Befugnisse</p>	<p>Antragsrecht frühzeitiges und umfassendes Anhörungsrecht Rederecht</p>
<p>§ 92 Allgemeine Haushaltsgrundsätze</p>	<p>Haushaltsausgleich innerhalb eines angemessenen Zeitraums.</p>
<p>§ 93 Grundsätze der Einnahmenbeschaffung</p>	<p>Sozialklausel Kredite für Investitionen möglich Kredite möglich, wenn andere Finanzierungen nicht möglich oder wirtschaftlich unzweckmäßig wären</p>
<p>§ 97 Erlass der Haushaltssatzung</p>	<p>Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung für die Gemeindevertretung spätestens drei Monate vor Beginn des Haushaltsjahr Verlängerung der öffentlichen Auslegung</p> <p>Eingabemöglichkeit für Gemeindeangehörige und Gemeindevertreter</p> <p>Behandlung und Beratung der Eingaben mit den Antragsstellerinnen</p>
<p>§ 99 Vorläufige Haushaltsführung</p>	<p>Forführungsmöglichkeit von kulturellen, sozialen und karitativen Aufgaben auf Vorjahresniveau Rentierliche Investitionen können weiter getätigt werden</p>
<p>§ 100 Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausloben</p>	<p>Erheblichkeitsgrenzen sind jährlich in der Haushaltssatzung durch die Gemeindevertretung zu bestimmen</p>
<p>§ 101</p>	

Finanzplanung	sechsjährige Finanzplanung
§ 103 Kredite	Streichung der Genehmigungspflicht von Krediten
§ 108 Erwerb und Verwaltung von Vermögen, Wertansätze	Anteile an Unternehmen in privater Rechtsform, wenn der öffentliche Zweck nachträglich wegfällt.
§ 109 Veräußerung von Vermögen	Ausnahmen von dem Gebot des vollen Wertersatzes im öffentlichen Interesse möglich. Gründe hierfür sind zu veröffentlichen.
§ 112 Jahresrechnung	Jahresrechnung hat innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufgestellt sein
§ 114 Entlastung	Auslegung der Jahresrechnung mit Erläuterungsbericht an 14 Tagen
§ 114u Entlastung	Absetzung der Kämmerin, wenn der Gemeindevorstand zwei Jahre in Folge nicht entlastet werden kann.
§ 121 Wirtschaftliche Betätigung	Streichung der Bevorzugung privater Betätigung Jährliche Überprüfung, welche Tätigkeiten rekommunalisiert werden können Sozialklausel
§ 122 Unternehmen des privaten Rechts	Bedingtes Recht zur Gründung von Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts Haftungsbegrenzung für die Gemeinden Beteiligungsangemessener Einfluss im Aufsichtsrat für die Gemeinde
§ 122a Selbständige Kommunalunternehmen des öffentlichen Rechts	Recht zur Gründung von Kommunalunternehmen

	Unternehmenssatzung regelt die Rechtsverhältnisse Unbeschränkte Haftung für die Gemeinden
§ 122b Oragne des Kommunalunternehmens, Personal	Eigene Verantwortlichkeit durch den Vorstand Überwachung des Vorstands durch einen Verwaltungsrat Verwaltungsrat wird durch die Gemeindevertretung bestellt
§ 122c Verwaltung des Kommunalunternehmens	Jahresabschluss und Lagebericht gemäß HGB
§ 123a Beteiligungsbericht und Offenlegung	Beteiligungsbericht hat Angaben zu enthalten Unternehmensziele werden neu aufgenommen Zahl der Beschäftigten und Beschäftigungsverhältnisse werden neu aufgenommen Sämtliche Bezüge werden neu aufgenommen Beteiligungsbericht muss bis zum 31.12. des darauffolgenden Kalenderjahres der Gemeindevertretung vorliegen Veröffentlichung auf den Internetseiten
§ 125 Vertretung der Gemeinde in Gesellschaften	Gemeindevertretung vertritt die Gemeinde in Gesellschaften
§ 156 Evaluation	Evaluierung des Gesetzes nach 5 Jahren, statt Außer-Kraft-Treten